

Viele Raser kommen ungeschoren davon

Expertenrat Zahlreiche Verkehrssünder müssen nicht zahlen – was kann die Politik dagegen tun? *Von Michael Trauthig, Goslar*

Dem Automobilclub von Deutschland (AvD) schwant Böses. Kleine Freundschaftsdienste könnten Fahrzeugbesitzer bald teuer zu stehen kommen, befürchtet der AvD. Dann nämlich, wenn Pläne der EU Wirklichkeit würden und auch hierzulande die „Haltehaftung“ käme. In diesem Fall müsste ein Autoeigner zahlen, wenn ein Verwandter, dem er seinen Wagen geliehen hatte, im Ausland geblizt wurde, der Fahrer aber nicht zu ermitteln ist. Diese Änderung wird auf EU-Ebene diskutiert, sie ist Reizthema des Deutschen Verkehrsgerichtstags in Goslar.

Dabei prallen die Meinungen aufeinander. Auf der einen Seite stehen die Hüter des Rechtsstaatsprinzips, auf der anderen Seite die Ermittler. Stundenlang schleudern sich Juristen, Verkehrsplaner und Polizeifachleute in dem zuständigen Arbeitskreis das Pro und Contra um die Ohren. „Bei der Haltehaftung kommt mir das kalte Grausen“, sagt ein ADAC-Jurist, der wohl nicht zu Unrecht wachsende Behördenwillkür befürchtet. Schon jetzt gebe es zu viele falsche Tempomessungen, gegen die sich Betroffene kaum wehren könnten.

Doch so plausibel dieser Widerspruch scheint, so kompliziert ist die Sache im Detail. Zwar sind sich die Fachleute im Harz rasch einig, dass die Behörden den Halter nicht mit Punkten oder Fahrverbot zum Sündenbock machen dürfen, wenn ein an-

derer das Auto chauffiert hat. Auch ist klar, dass bestenfalls Ordnungswidrigkeiten so zu verfolgen sind, weil sonst der Grundsatz fällt, dass Strafe mit einem Schuldnachweis einhergehen muss. Doch womöglich könnte man dem Autobesitzer, der den Fahrer nicht outet, zumindest die Kosten des Verfahrens aufbrummen oder für seine Auskunftsverweigerung mit einem Bußgeld belegen – wie in Österreich.

Der Jenaer Hochschullehrer Michael Brenner hält auch davon nichts. Er beklagt einen Verstoß gegen die Verfassung. „Wir dürfen nicht das Grundgesetz als Opfergabe auf dem Altar der Europäisierung darbringen“, sagt Brenner nicht ohne Pathos.

Die Praktiker schütteln über solche Fundamentalkritik den Kopf. Sie erinnern daran, dass Deutschland bei Park- und Halteverstößen auch den Halter zur Kasse bittet, und wehren sich gegen Denkverbote. „Wir sollten die Diskussion nicht abwürgen“, sagt Wolfgang Rose, der Vorsitzende des Auto Clubs Europa. Schließlich seien Länder mit der Haltehaftung wie Frankreich auch keine Unrechtsstaaten. Zudem hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof das Verfahren nicht beanstandet.

Besonders die Ordnungshüter in dem Arbeitskreis wollen, dass Deutschland sich an solchen Beispielen orientiert. Ihnen spricht Cor Kuijten von der niederländischen Polizei aus dem Herzen. Er erzählt,



14 Prozent der geblizten Verkehrssünder werden nach Schätzungen nicht bestraft, weil der Autofahrer nicht identifiziert werden kann.

Foto: Steinert

dass bei unseren holländischen Nachbarn dank der Haltehaftung 99,5 Prozent der Bußgeldbescheide auch bezahlt würden. In Deutschland fällt die Bilanz dagegen offenbar schlechter aus. Nach einer vorläufigen Erhebung der Länder kommen 14 Prozent der geblizten Missetäter davon, weil der Autolenker nicht zu identifizieren ist.

„Mal hat der Verkehrssünder eine Sonnenbrille auf, mal stören Lichtreflexionen die Fotoaufnahme“, berichtet Wolfgang Blindenbacher. Dazu kommen noch die rasenden Motorradfahrer, die einen Helm tragen, und deshalb nicht zu erkennen sind, klagt der Polizeidirektor. Er findet das ungerecht und glaubt, dass infolgedessen die Verkehrsdisziplin leidet. Den ADAC überzeugt diese Argumentation nicht. Einen Denkketteneffekt gebe es nur, wenn es auch den wirklich Schuldigen treffe, sagt der Anwalt Wolfgang Nissen. Statt nach dem Ge-

setzgeber zu rufen, solle die Polizei lieber stärker kontrollieren. Auch ließe sich öfter ein Fahrtenbuch verordnen, wenn der Autolenker vom Besitzer nicht genannt wird. Mancher Kritiker befürchtet in Goslar, die Ordnungshüter wollten sich mit der Haltehaftung nur Arbeit ersparen.

Am Ende sind zumindest die Fronten geklärt. In der Schlussresolution wird der Halterhaftung zwar ein Dämpfer versetzt, aber die Experten öffnen immerhin die Tür für eine Reform einen Spalt weit. Es sei grundsätzlich möglich, auch bei Verstößen im fließenden Verkehr den Autohalter per Kostenerstattung heranzuziehen, heißt es. Ob es so weit in Deutschland kommt, ist jedoch fraglich. Der Gesetzgeber soll nun erst mal prüfen. Das kann allerdings dauern. Bis die gleiche Regelung bei Halte- und Parkverstößen durch war, gingen drei Legislaturperioden ins Land.

Niedersachsen

SPD-Chef tritt ab

Der niedersächsische SPD-Vorsitzende Garrelt Duin wird beim Landesparteitag im Mai nicht wieder für das Amt kandidieren. Dies gab er gestern bekannt. Der Ostfrieser Duin war als Herausforderer des Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) für die nächste Landtagswahl 2013 gehandelt worden – diese Ambitionen enden nun mit seinem Rückzug. Als Landeschef ohne Landtagsmandat habe er nicht die erforderliche Präsenz bieten können, „um den Aufgaben so gerecht zu werden, wie die Partei es erwartet“, sagte Duin. Er erinnerte an „immer wiederkehrende öffentliche Auseinandersetzungen“, die den Eindruck einer mit sich selbst beschäftigten Landes-SPD hinterlassen hätten. Der 41-Jährige führt den Landesverband seit fünf Jahren. *dpa*

Brandanschlag

Jugendlicher gesteht

Ein 16-Jähriger hat den Brandanschlag auf das Haus der Demokratie vor einer Woche im brandenburgischen Zossen gestanden. Er sei alleiniger Täter, nach bisheriger Erkenntnis „ist das Motiv für die Tat eine rechte Gesinnung“, teilten Staatsanwaltschaft und Polizei mit. Es sei Haftbefehl wegen des dringenden Verdachts der vorsätzlichen Brandstiftung erlassen worden. Der junge Mann sei nach Zeugenaussagen in das Visier der Ermittler geraten. Der Justizminister Volkmars Schöneburg äußerte sich erleichtert über den Fahndungserfolg. „Die schnelle Aufklärung von Straftaten macht der Zivilgesellschaft Mut in ihrem Kampf gegen Rechtsextremismus.“ *dpa*

Anzeige

Heizung modernisieren, Fördergeld kassieren!
www.oelheizung.info

Kurz berichtet

ZDF-Barometer

Zwei Drittel gegen Afghanistan

Die große Mehrheit der Deutschen beurteilt den Militäreinsatz in Afghanistan sehr skeptisch. 76 Prozent zweifeln am Erfolg der Mission. Nur 18 Prozent glauben an ein Gelingen, wie das ZDF-Politbarometer vom Freitag zeigt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung sieht sich mit wachsender Kritik der Bürger konfrontiert. 46 Prozent bewerten die Regierungsarbeit als eher schlecht. Anfang Januar waren es 42 Prozent, im Dezember 34 Prozent. *ddp*

Nordrhein-Westfalen

Landtagspräsidentin in Not

Beraterhonorare des KohleKonzerns RAG haben die Düsseldorfer Landtagspräsidentin Regina van Dintner (CDU) und den Parlamentsvize Edgar Moron (SPD) in Bedrängnis gebracht. Nach heftiger Kritik nehmen sie die Zahlungen für 2009 vorerst nicht an. Als Vorsitzende des RAG-Beratungsgremiums „Regionalbeirat NRW“ erhält van Dintner 30 000 Euro im Jahr, Moron 22 500 Euro. *dpa*

DIE EMPFEHLUNGEN DES VERKEHRSGERICHTSTAGES

„Idiotentest“ Die Verkehrsexperten verteidigen das bestehende Verfahren der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung als wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Sie sehen nur in Details Optimierungsbedarf. So sollen die Diagnostik verbessert und die Qualität des Testverfahrens durch ein unabhängiges Gremium überprüft werden.

Junge Fahrer Der Verkehrsgerichtstag empfiehlt, das Modellprojekt zum Führerschein mit 17 dauerhaft gesetzlich zu verankern, in den Fahrschulen multimediale Lernformen wie E-Learning einzusetzen und die schulische Verkehrserziehung auszubauen. Er wünscht sich auch eine bessere sicherheitstechnische Ausrüstung der Autos von Fahranfängern.

EU-Sicherheitsprogramm Die Fachleute votieren dafür, dass sich die EU bis 2020 zum Ziel setzt, die Zahl der Verkehrstoten um mindestens 40 Prozent zu reduzieren. Für „Schwerverletzte“ soll es eine EU-einheitliche Definition geben. Die Gesetzgeber sollen moderne Technologien wie das ABS für Motorräder fördern. *rau*

Dieter Althaus wird Autolobbyist bei Magna

Neubeginn Der frühere Thüringer CDU-Ministerpräsident wechselt zum österreichisch-kanadischen Autozulieferer. *Von Harald Lachmann*

Ein Nerv für hohes Tempo habe er ja schon immer gehabt, hieß es doppeldeutig am Freitag in Erfurt, als bekannt wurde, dass Thüringens früherer Ministerpräsident Dieter Althaus zu einem der weltweit größten Autozulieferer wechselt. Der 51-Jährige, der 2009 auf einer österreichischen Skipiste einen tödlichen Unfall verursacht hatte, wird am Montag als Vizepräsident von Magna International Europe eingeführt. Wie verlautet ist der Politiker hier für den Magna-Kunden Volks-

wagen zuständig. Auch soll er sich um die Lobbyarbeit zu öffentlichen Stellen in Deutschland kümmern.

Der Magna-Vorstandschef Siegfried Wolf betonte, Althaus bringe exzellente Kontakte und Erfahrungen mit, mit deren Hilfe man „mehr Durchlässigkeit zwischen Wirtschaft und Politik“ erzielen könne. Man hoffe, dank Althaus' Beziehungen „die Stellung von Magna in Deutschland, aber vor allem in die Regionen hinein weiter ausbauen und stärken“ zu können.

Althaus war wegen einer schweren Schlappe seiner CDU zur Landtagswahl am 31. August 2009 zurückgetreten. Diesen Rückzug hatte er zwischenzeitlich wieder zurückgenommen, dann aber doch konsequent vollzogen, um einer künftigen CDU-SPD-Regierung nicht im Wege zu stehen. Seinen neuen Arbeitgeber ließ Althaus nun wissen, er freue sich „sehr auf die Zusammenarbeit, zumal ich Magna aus meiner Zeit als Ministerpräsident gut kenne und seitdem von der außergewöhnlichen Firmenkultur und der Erfolgsgeschichte beeindruckt bin“.

Der Politiker hatte seine Kontakte zu Magna nach seiner eigenen Genesung von dem Skiunfall deutlich gestärkt, als das Un-

ternehmen bei dem kriselnden Autobauer Opel mitbot. Als Ministerpräsident sprach Dieter Althaus sich wiederholt klar für einen Verkauf von Opel an den österreichisch-kanadischen Konzern aus. Im thüringischen Eisenach befindet sich einer der größten deutschen Opel-Standorte.

Wie Althaus nun wissen ließ, habe Magna den Kontakt zu ihm aufgenommen. Die Verhandlungen seien „in den letzten Tagen geführt und dann zügig abgeschlossen“ worden. Gerüchte hatte es indes schon im Dezember gegeben, als der Politiker zu Gesprächen mit unbekanntem Ziel in Wien geweiht hatte. Unmittelbar danach traf er sich auch mit Kanzlerin Angela Merkel zu einem Abendessen unter vier Augen.



Das Fielmann-Prinzip: Beim Marktführer arbeiten die Besten. 2009 stellte Fielmann 80% der deutschen Landessieger.

Ergebnisse der Gesellenprüfungen im Augenoptiker-Handwerk der Bundesrepublik Deutschland: 2009 – 80% der Landessieger, 2008 – 91% der Landessieger, 2007 – 83% der Landessieger, 2006 – 86% der Landessieger, 2005 – 83% der Landessieger, 2004 – 93% der Landessieger.

Brille: Fielmann.